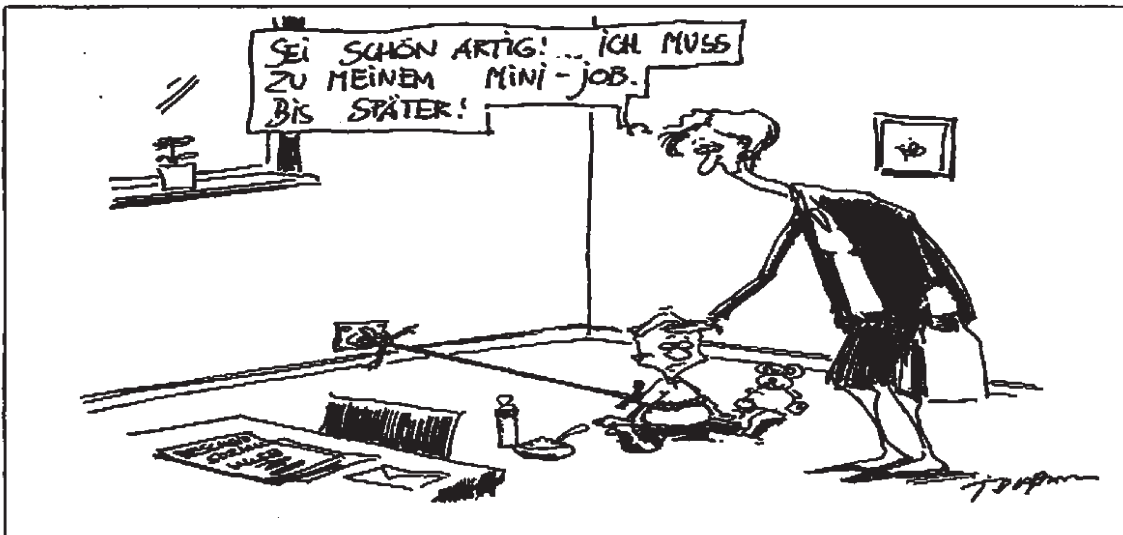


**Stoppt
Hartz**

Rhein-Main-Bündnis gegen die Umsetzung der Hartz-Pläne:

Mini-Jobs – Nichts für uns!

Eine der angeblichen Wunderwaffen gegen die Massenarbeitslosigkeit sind die sogenannten Mini-Jobs. Die Bundesregierung rechnet mit 320.000 neuen Arbeitsplätzen, die CDU/CSU spricht gar von 800.000. Was steckt dahinter?



Was sind Mini-Jobs?

Als Mini-Jobs (Amtsdeutsch: »Geringfügige Beschäftigung«) gelten Arbeitsverhältnisse, in denen maximal 400 EUR monatlich verdient werden. Der Unternehmer zahlt pauschal 12% Rentenversicherung, 11% Krankenversicherung und 2% Lohnsteuer. Die Beschäftigten sind von Steuern und Sozialabgaben befreit, erwerben aber nur minimale, nicht dem tatsächlichen Einkommen entsprechende Rentenansprüche. Ein eigener Krankenschutz besteht nicht. Auch Ansprüche auf Arbeitslosengeld können nicht erworben werden. Ab 400,01 EUR bis 800 EUR Einkommen zahlt der Arbeitge-

ber die halben Sozialabgaben, die Beschäftigten allmählich ansteigende Beiträge. Entsprechend gering fallen die Leistungsansprüche aus. Auch die bisherige Höchstbeschäftigungszeit von 15 Stunden in der Woche wurde aufgehoben. Man »darf« also mehr arbeiten für den gleichen Lohn. Im Ergebnis also nehmen die Sozialversicherungen durch diese profitsteigernden Möglichkeiten erheblich weniger Beiträge ein, die nach Logik der Dinge durch Ausgabenkürzungen oder durch Privatisierung des Kranken- Arbeitslosen- und Rentenrisikos durch die abhängig Beschäftigten »gegenfinanziert« werden müssen.

Was halten wir davon?

Was Mini-Jobs bewirken, lässt sich am Beispiel der Verkäuferin Sabine H. klarmachen: Nachdem längerer Pause muss die Verkäuferin Sabine H. wieder Vollzeit arbeiten. Doch die Kaufhauskonzerne haben in den letzten Jahren viele Stellen abgebaut. Vollzeitarbeitsverhältnisse wurden durch Teilzeitjobs ersetzt. Die Personalabteilungen winken ab: Der Arbeitskräftebedarf soll durch Einstellung von Teilzeitkräften gedeckt werden. Die sind billiger und flexibler einsetzbar bei längeren Ladenöffnungszeiten. Für Sabine H. bleibt nur der nicht existenzsichernde Mini-Job. Zufall? Hierzu der Wirtschaftsprofessor Bohlinger in der Bild-Zeitung v. 18.12.02: **»Mini-Jobs sind Job-Killer. Kann ein Einzelhändler zwischen einer Vollzeitkraft oder vier Mini-Jobbern wählen, nimmt er die Mini-Jobs, weil die 40% billiger sind.«**

Das Beispiel zeigt, dass Mini-Jobs die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht erhöhen können. Die Unternehmen rechnen nämlich mit spitzer Feder: sie wollen möglichst wenig Leute beschäftigen und diese möglichst gering bezahlen. Die Mini-Jobs sind nur ein weiteres Mittel, um Lohnkosten zu senken und um Unternehmerprofite zu steigern.

Wir fordern:

**Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden in der Woche bei vollem Personal- und Lohnausgleich!
Existenzsichernder gesetzlicher Mindestlohn!**

Mehr arbeiten für das gleiche Geld?

Damit aber nicht genug: Das Mini-Job-System ist Teil eines Konzepts, das darauf abzielt, aus Deutschland ein Billiglohnland zu machen. Und gerade Frauen werden in diese Zuverdienerarbeitsverhältnisse gedrängt, um das Familieneinkommen aufzubessern. Auch viele Beschäftigte aus dem Niedriglohnsektor werden dazu gezwungen, neben ihrer Vollzeittätigkeit auf Mini-Job-Basis zu schuften. Im Ergebnis verschlechtern sich also die Bezahlung und die soziale Absicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit. Mini-Jobs bringen Mini-Renten. Und bei Arbeitslosigkeit gibt es kein Arbeitslosengeld. Der Zwang sich immer billiger zu verkaufen wächst.

Die ganze Richtung stimmt nicht!

Während das Unternehmerlager die Ausweitung des Niedriglohnsektors, die drastische Kürzung von Sozialleistungen und Senkung des Lohnniveaus verlangt, bestehen wir darauf, dass das Netz der sozialen Sicherung enger geknüpft wird, damit der Zwang, sich zu noch so miesen Bedingungen und Hungerlöhnen verkaufen zu müssen, abgemildert wird. ArbeiterInnen und Angestellte haben nämlich nicht das geringste Interesse, zu nicht existenzsichernden Löhnen arbeiten zu müssen. Auch die Arbeitszeit muss drastisch gekürzt werden.

NEIN zur Umsetzung der Hartz-Pläne!

Veranstaltung am 26. März um 19.00 Uhr
im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77,
Frankfurt/M.

V.i.S.d.P.: Rhein-Main-Bündnis gegen die Umsetzung der Hartz-Pläne,
c/o Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V., Moselstr. 25, 60329 FFM